

des verantwortlich sei. Eine autoritäre Regierung (wie etwa in Vietnam) könne eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik betreiben, wenn sie soziale, politische und rechtliche Stabilität gewährleiste. Dazu müssten nachhaltige Entwicklung und "good governance" die zentralen Ziele der Politik werden. Das sei in Myanmar bislang nicht der Fall gewesen. Thein, der von 1988 bis 1997 Professor für Wirtschaft in Yangon war, sein Buch aber vor allem in Bangkok verfasst hat, geht mit seiner Regierung erstaunlich hart ins Gericht. Ihm zufolge kann sie nur einen Weg aus der wirtschaftlichen Misere finden, wenn sie ihre Politik an wirtschaftlichem Wachstum und am Rat von Experten orientiert und den Staatsapparat völlig neu organisiert.

Die Untersuchung selbst ist im Wesentlichen deskriptiv. Thein spricht sich für einen holistischen Ansatz aus, der die sozio-kulturelle Einbettung der Wirtschaft berücksichtigt, gesteht aber, dieser Forderung als Ökonom nicht gerecht werden zu können. Er beschreibt die Entwicklung verschiedener makroökonomischer Dimensionen, veranschaulicht durch über 100 Tabellen und Schaubilder. Die Nachkriegsgeschichte gliedert er in drei Epochen: die parlamentarische bis 1962, die sozialistische bis 1988 und die marktorientierte, die er bis ins Jahr 2000 verfolgt. Das Schwergewicht liegt auf der jüngsten Periode, der die Hälfte des Buches gewidmet ist. Nach dem Zweiten Weltkrieg war die Infrastruktur und die Industrie Burmas völlig verwüstet. Das Land war zur Subsistenzwirtschaft zurückgekehrt. In dieser Situation hätte man sich Thein zufolge nicht auf die Entwicklung der Industrie, sondern auf die der Landwirtschaft konzentrieren müssen. Das sei zwar auch in anderen asiatischen Staaten nicht geschehen, dort sei der Fehler aber früher bemerkt und korrigiert worden. Statt dessen habe sich die Situation in Burma noch zugespitzt, als 1962 das Militär endgültig die Macht ergriff und einen autarken Sozialismus einführte. Die Isolation habe unter anderem einen akuten Kapitalmangel, eine hohe Verschuldung und die Verlagerung der Wirtschaft auf den

Schwarzmarkt zur Folge gehabt. Daran litte die Wirtschaft noch heute, nachdem 1988 mit der Machtübernahme des State Law and Order Restoration Council die wirtschaftliche Liberalisierung begonnen wurde. Die Liberalisierung sei aber nicht konsequent genug, es gebe unzureichende politische und rechtliche Kontinuität, zu wenig Transparenz sowie mangelnde Kompetenz in Regierung und Verwaltung. Die Wirtschaft Myanmars befinde sich in einem teuflischen Zirkel von Haushaltsdefizit, Inflation, geringer Spar- und Investitionsrate und geringem Steueraufkommen. In Laos und Vietnam sei der Zirkel (durch Entwicklungshilfe und ausländische Direktinvestitionen) aufgebrochen worden, die vor allem durch Stabilitätspolitik und Liberalisierung möglich wurden. Myanmar sei hinter diese Länder zurückgefallen, weil seine Wirtschaftspolitik keine wissenschaftliche Fundierung und keine Konstanz aufzuweisen habe.

Genau das beklagen allerdings auch die Beobachter in Laos, das in ähnlicher Weise am autoritären Führungsstil und der sozialistischen Vergangenheit festhält. Da verwundert es nicht, dass der Regierungschef Myanmars Anfang August zu einem zweitägigen Besuch nach Vientiane kam und eine engere Zusammenarbeit beider Länder vereinbarte. Es bleibt abzuwarten, ob das eher als weitere Öffnung Myanmars oder als Schulterchluss der Einparteiensysteme zu deuten ist.

Boike Rehbein

Pham Hong Tung: Die Politisierung der Massen in Vietnam 1925–1939

Berlin: Logos, 2002 (= Berliner Südostasien-Studien, Band 1), 445 Seiten, 40,50 €

Die vorliegende Studie entstand als Dissertation am Institut für Asien- und Afrikawissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin. Der aus Vietnam stammende Autor ist ein ausgewiesener Kenner der antikolonialen Widerstandsbewegungen seiner Heimat.

In dieser Arbeit untersucht er die Prozesse, die zur Politisierung der breiten Massen des vietnamesischen Volkes in den einihalb Jahrzehnten vor Ausbruch des Zweiten Weltkrieges führten. Diese in der Forschung bislang vernachlässigte Problemstellung berührt die zentrale Frage, welche endogenen Faktoren den raschen und nachhaltigen Erfolg der vietnamesischen Augustrevolution des Jahres 1945 ermöglichten.

Die sich vor allem auf schwer zugängliche Quellen aus vietnamesischen Archiven (u.a. auf zeitgenössische Printmedien) stützende Arbeit diskutiert zunächst sehr ausführlich die in der traditionellen politischen Kultur Vietnams wurzelnden sowie aus den Besonderheiten der französischen Kolonialpolitik erwachsenen Grundlagen eines die "Volksmassen" erfassenden politischen Bewusstseins und Handelns. Obwohl sich antikolonialer Widerstand – z.B. in Form der Can Vuong-Bewegung – bereits unmittelbar nach Etablierung der französischen Herrschaft manifestiert hatte, blieb dieser trotz aktiver Beteiligung von Teilen der Bauernschaft doch noch weitgehend der Ideenwelt der traditionellen konfuzianischen Elite verhaftet (S. 146ff.). Dies änderte sich im November 1925 mit einer landesweiten Protestbewegung gegen das Todesurteil, das die Kolonialbehörden gegen den nationalistischen Intellektuellen Phan Boi Chau verhängt hatten. Der Erfolg des Massenprotestes bereitete den Nährboden für die Agitation der in den folgenden Jahren nun wie Pilze hervorschießenden nationalistischen und kommunistischen Gruppierungen. Der Erfolg all dieser Bewegungen hing entscheidend davon ab, inwieweit es ihren Führungen, die sich aus den aufstrebenden "verwestlichten" Eliten des Landes rekrutierten, gelang, die noch in traditionellen Wertvorstellungen verwurzelten ländlichen Massen zu politisieren und für ihre politischen Ziele zu gewinnen. Pham Hong Tung zeigt, dass hierbei die marxistisch-leninistischen Organisationen, die sich im Februar 1930 zur Kommunistischen Partei Vietnams (wenig später auf Druck der Komintern in Kommunistische Partei Indo-

chinas – KPI – umbenannt) auf lange Sicht erfolgreicher waren als die anfangs einflussreicheren nationalistischen Parteien.

Die bäuerlichen Protestbewegungen der Jahre 1930 und 1931 bilden eine Zäsur in der Politisierung der vietnamesischen Massen. Daher macht es Sinn, dieser Bewegung ein gesondertes Kapitel zu widmen.

Positiv bleibt anzumerken, dass der Autor ganz überwiegend eine kritische Distanz zur offiziellen kommunistischen Geschichtsschreibung erkennen lässt. Er weist auf einige fundamentale Fehleinschätzungen der von Nguyen Ai Quoc (alias Ho Chi Minh) geführten KPI hin, die den Zusammenbruch der spontan entstandenen und ursprünglich unabhängig von der KPI agierenden *Xo-viet*-Bewegung begünstigten. "Ultralinke Strömungen", die einseitig den Klassenkampf auf dem Lande propagierten, waren Anfang 1931 vor allem in Ho Chi Minhs Heimatprovinz Nghe An erstarkt. Obwohl die Parteiführung in Hanoi diese Tendenz bekämpfte, identifiziert der Autor die einseitige Fokussierung auf die marxistisch-leninistische Klassenkampftheorie als einen grundlegenden ideologischen Fehler. "Um sich von den Nationalisten zu unterscheiden, vermieden die Kommunisten in dieser Zeit bewusst, den Patriotismus in ihre Propaganda aufzunehmen. [...] Stattdessen wurden die Massen von der Partei unterrichtet, dass sie zusammen mit dem Proletariat der Welt ein (neues) gemeinsames Vaterland haben sollten, das Sowjetunion hieß" (S. 286).

Begünstigt durch den Machtantritt der Volksfrontregierung in Paris (1936) und die neue antifaschistische Einheitsfrontstrategie der Komintern gelang der KPI in den Jahren 1936-1939 der Aufstieg zur einflussreichsten antikolonialen Widerstandskraft, die in allen Landesteilen ein stabiles Untergrundnetz zu knüpfen verstand. In Cochinchina, wohin sich das Zentrum der Proteste verlagerte, hatten die Kommunisten jedoch mit der Cao Dai-Bewegung eine mächtige Konkurrentin um die Gunst der bäuerlichen Massen. Der Autor bescheinigt dieser buddhistisch-syn-

ketistischen Sekte, die erst um 1925 im Grenzgebiet zu Kambodscha entstandenen war, einen beachtlichen Zulauf. Gleichwohl erscheint sein Urteil, die Cao Dai und andere Sekten hätten im Gegensatz zur KPI die "bäuerlichen Massen" Cochinchinas "nicht politisiert, sondern entpolitisiert" (S. 241), weit überzogen. An anderer Stelle wird "die patriotische und anti-französische Propaganda der Sekte" auf die Bereitschaft der Bevölkerung zur politischen Aktion durchaus konzidiert (S. 318). Die Einschätzung, dass die in apokalyptischen Botschaften verkleidete Propaganda der Cao Dai nicht "richtig" und "rational" zu politisieren vermochte, spiegelt sicherlich die *political correctness* im heutigen Vietnam ebenso wieder wie die Unterscheidung zwischen Kommunisten (nicht: Stalinisten!) und Trotz-kisten im inner-kommunistischen Machtkampf der 1930er-Jahre.

Trotz dieser kleinen Kritik stellt Pham Hong Tungs Werk einen wichtigen Beitrag für die Geschichte des modernen Vietnam dar. Es sei auch jedem empfohlen, der sich intensiver mit Formen politischer Mobilisierung durch antikoniale Widerstandsbewegungen in Südostasien beschäftigen möchte.

Volker Grabowsky

Sawada, Seiji, Tomiyasu, Hideo und Masamitsu Nozawa (Hrsg.): Sanierung und Erneuerung von Großwohnsiedlungen. Lösungsansatz Offenes Bauen / Refurbishment and Renovation of Large Housing Estates. The Open Building Solution. A Report from a Study Group in Tokyo

Tokyo: Marumo Publishing, 2004, 163 S., 39 €

Sanierung von Wohnsiedlungen an Stelle von Abriss und Neubau: Um dieses Thema wurde in Japan bisher kaum ernsthaft gerungen. Die Originalfassung der vorliegenden Publikation richtete sich vor allem an betrof-

fene Bewohner von Wohnsiedlungen in Japan. Bei der vorliegenden englisch-deutschen Veröffentlichung, zu der 20 japanische Experten aus den Bereichen Architektur und Städtebau beitrugen, wurde "das Fachpublikum mehr ins Auge gefasst" (S. 10).

Die Autoren, Repräsentanten der "Forschungsgruppe Wohnkomplex-Sanierung" (*Danchi Saisei Kenkyūkai*), hinterfragen die in Japan bei Siedlungserneuerungen typische Flächen- oder Kahlschlagsanierung. Sie finden es im Sinne der Nachhaltigkeit unverantwortlich, dass Wohnhäuser in Japan eine durchschnittliche Lebensdauer von nur 25-30 Jahren haben, nach dieser Zeitspanne gewöhnlich abgerissen und durch neue ersetzt werden, was bedeutet, dass in 50-60 Jahren statistisch jedes Wohnhaus zweimal neu errichtet wird. Gründe dafür sind 1. die im Laufe der Jahre zu gering gewordene Größe der Wohnungen, 2. die Verschlechterung der Wohnqualität, d.h. v.a. notwendige Erneuerung der haustechnischen Anlagen, 3. die höhere Ausnutzung des Grundstücks.

Die japanische Forschungsgruppe hat sich im westlichen Ausland nach Alternativen umgesehen und vor allem das Konzept "Offenes Bauen" als Anregung mit nach Hause genommen: Flexibilität des Bauens und Öffnung der Planungsprozesse für die Bewohner unter Aspekten dreier Ebenen: 1. Einbau-Ebene (Bodenbelag, Oberfläche von Wänden und Decken, Küche, Toilette, Badausstattung in den Wohnungen), 2. Träger-Ebene (Tragwerkstruktur des Gebäudes), 3. urbanes Umfeld (Lage, Dimension und Funktion von Straßen, Höhe der Gebäude, Parkanlagen, etc.). Fast die Hälfte des Buches nehmen elf Fallstudien vor allem aus Europa (darunter vier aus Ostdeutschland) ein. Anschließend werden japanische Besonderheiten und Lösungsansätze für Japan diskutiert.

In Japan sind von den derzeit etwa 50 Millionen "Wohnhäusern" (S. 78, gemeint sind offensichtlich "Wohnungen") niedrig geschätzt 160 Prozent, also ca. 80 Millionen, im letzten halben Jahrhundert abgerissen und